

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

**Bundesverband Deutscher  
Milchviehalter e.V.  
Schleswig-Holstein  
Steintor 2a  
19243 Wittenburg**

## Wahlprüfsteine Landtagswahl Schleswig-Holstein 2017

### **I. Milchmarkt - Gemeinsame Marktordnung**

---

**1.** Fast zwei Jahre dauert die aktuelle Milchkrise nun bereits. Betriebsaufgaben und vor allem Maßnahmen zur Mengendisziplin führten in den letzten Monaten zu einer deutlichen Marktentlastung und damit zum Anstieg der Auszahlungspreise. Ist jetzt alles wieder gut – geht es weiter über zur Tagesordnung? Leider werden unsere Befürchtungen bestätigt: Das bestehende Sicherheitsnetz für den EU-Milchmarkt ist unvollständig und nicht in der Lage, mit den bisherigen Instrumenten private Lagerhaltung und Intervention, krisenhaften Entwicklungen begegnen zu können. Die Preiserholung seit Dezember 2016 auf gut 30 Cent/kg Milch steht auf sehr wackeligen Füßen. Denn das Räumen der hohen Interventionsbestände an Milchpulver (es sind noch über 400.000t Milchpulver eingelagert) würde in der aktuellen Situation die Markterholung sehr schnell abwürgen. Zwar haben die Agrarminister der Länder endlich erkannt, welche Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Milchkrisen helfen könnten. Jedoch ignoriert Bundesminister Schmidt weiterhin beharrlich noch immer klar formulierte Handlungsaufträge. Darüber hinaus wird seine gescheiterte Initiative zur Gründung einer Branchenorganisation als agrarpolitische Bankrotterklärung gesehen.

**Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um den EU-Milchmarkt in ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage zu bringen um zukünftigen Milchmarktkrisen rechtzeitig zu begegnen?**

Für DIE LINKE sind die Milchmarktkrisen, die wir seit dem Ende der EU-Milchquote 2015 erlebt haben, Indiz für die grundsätzliche Fehlausrichtung der EU-Politik und falsche Strukturen in der Wertschöpfungskette. Die strategische Orientierung auf globale, angeblich unersättliche Absatzmärkte außerhalb der EU bedeutet, sich zwangsläufig der Volatilität von Dumpingpreisen auf dem Weltagrarmarkt auszuliefern. Die Erzeugerbetriebe stehen zudem immer dominanteren Molkerei- und Handelskonzernen gegenüber, deren Erpressungspotenzial noch steigt, wenn die produzierte Milchmenge über der Nachfrage liegt. Wer diese beiden Systemfehler nicht behebt, nimmt auch zukünftig Preiskrisen billigend in Kauf. DIE LINKE will verhindern, dass der Preiskampf auf dem Rücken der landwirtschaftlichen Betriebe ausgetragen wird und das Produktionsrisiko allein von ihnen getragen werden muss. Wir fordern faire Vertragsbedingungen und eine permanente EU-weite nachfrageorientierte Milchmengenregulierung, nicht nur für die Phase einer Preiskrise. Der Ökomilchmarkt zeigt, dass sich mit regionaleren Verarbeitungs- und Vermarktungsstrategien, höherer Wertschöpfung und einer nachfrageorientierten Mengensteuerung kostendeckende Erzeugerpreise realisieren lassen. Hierfür muss der Gesetzgeber den ordnungsrechtlichen Rahmen schaffen, in dem die milchviehaltenden Betrieben auf Augenhöhe mit Molkereien und Handel agieren und notwendige Investitionen vor allem für bessere Arbeits- und Haltungsbedingungen in langfristige biologische Produktionsabläufe verlässlich integrieren können.

### **I. Milchmarkt - Gemeinsame Marktordnung**

---

**2. Der BDM e. V. hat mit dem Milchmarkt-Krisenmanagement-Konzept einen Vorschlag zur Verhinderung dieser sich regelmäßig wiederholenden, massiven Milchmarktkrisen vorlegt. Dieser Vorschlag wird auf europäischer Ebene vom European Milk Board mitgetragen und eingefordert. Darin werden bestehende Instrumente des EU-Sicherheitsnetzes mit Instrumenten, die in der Lage wären, zeitlich befristet auf die EU-Milchmengenentwicklung Einfluss zu nehmen, kombiniert. Wie steht Ihre Partei im Fall schwerer Marktkrisen zu Überlegungen, die Angebotsmenge mit zeitlich befristeten Marktmaßnahmen an die reale Nachfrage anzupassen? Unterstützen Sie die BDM-Forderungen?**

Da DIE LINKE grundsätzlich die Liberalisierung der Agrarmärkte gerade angesichts der langfristigen, naturabhängigen Produktionszyklen in der Landwirtschaft kritisch sieht, begrüßen wir Ihr Konzept für ein Maßnahmenmix zur Abfederung zukünftiger Milchpreiskrisen, das auch eine EU-Milchmengenregulierung einschließt. Viele Aspekte stehen bereits im Antrag „Milchmarkt stabilisieren – Milchkrise beenden“ (vom 30.09.2015 unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/062/1806206.pdf>), den wir angesichts der sich zuspitzenden Milchpreiskrise gemeinsam mit den Grünen in den Bundestag eingebracht haben. Auch wir fordern mehr Markttransparenz, um Frühwarnungen an die Branche in konkrete Maßnahmen zur frühzeitigen Milchmengenreduktion umzusetzen und gegebenenfalls später zeitlich befristete Interventionsmaßnahmen mit staatlicher Förderung durchzuführen.

### **I. Milchmarkt - Gemeinsame Marktordnung**

---

**3. Die aktuellen Milchpreise um 30 Cent/kg Milch sind für viele Milchbauern keineswegs ausreichend, um die entstandenen Verluste auszugleichen und für kommende Krisen vorzusorgen, geschweige denn notwendige**

## **Investitionen umzusetzen. Was schlägt Ihre Partei vor, um kostendeckende Preise von mindestens 40 Cent/kg Milch zu erreichen und die Milchviehhaltung in unserem Bundesland so in der Fläche zu halten?**

Um landwirtschaftliche Einkommen zu sichern, müssen vor allem erpresserische Übermachtstrukturen ernsthaft hinterfragt und explodierenden Bodenmarktpreisen entgegen gewirkt werden. Um kostendeckende Erzeugerpreise zu erreichen, müssen aus Sicht der LINKEN die Gewinne in der Wertschöpfungskette zu Gunsten der Erzeugerbetriebe fairer verteilt werden. Die von der gegenwärtigen Bundesregierung gelobten Branchengespräche haben wiederholt gezeigt, dass die Konzerne nicht freiwillig auf Gewinne verzichten werden. Solche Gespräche machen nur Sinn, wenn alle Beteiligten auf Augenhöhe agieren können. Deshalb fordert DIE LINKE eine verstärkte kartellrechtliche Prüfung und zukünftig auch eine Erweiterung des Kartellrechts um gemeinwohlorientierte Kriterien. Zusätzliche Qualitätskriterien wie z.B. gentechnikfreie Futtermittel oder Heumilch können verbunden mit einer wahren und klaren Kennzeichnung zu mehr Wertschöpfung und höheren Erzeugerpreisen beitragen. Außerdem streitet DIE LINKE seit langem für die Einführung einer Weidetierprämie, die das klimapolitisch besonders wichtige Grünland erhält, für mehr Tiergesundheit sorgt und insbesondere den milchviehhaltenden Betrieben auch in Schleswig-Holstein zu Gute kommen würde. Langfristig ist eine Abkehr vom Dogma der Exportstrategie der europäischen Agrar- und Ernährungswirtschaft notwendig, um alle Glieder der Wertschöpfungskette auf funktionierende regionale Wirtschaftskreisläufe zu orientieren.

## **I. Milchmarkt - Gemeinsame Marktordnung**

---

### **4. Das Bundeskartellamt hat ein neues Sachstandspapier zu seinem Verwaltungsverfahren hinsichtlich der Lieferbedingungen für Rohmilch veröffentlicht und darin kürzere Kündigungsfristen für Lieferverhältnisse im Milchsektor, eine Lockerung der Kopplung von Lieferbeziehungen und Genossenschaftsmitgliedschaften, eine Festlegung der Preise vor Lieferung und die Vereinbarung fester Liefermengen angeregt. Nun ist die Politik gefordert, die richtigen Schlüsse für mehr Wettbewerb auf dem Milchmarkt zu sorgen. Welche Vorschläge gibt es dazu in Ihrer Partei?**

Für DIE LINKE sind die bestehenden Lieferbedingungen Ausdruck eines extremen Machtungleichgewichts auf dem Milchmarkt, wo viele milchviehhaltende Betriebe wenigen, immer größeren Molkereien gegenüber stehen und den Erzeugerinnen und Erzeugern bei Auszahlungspreisen unter der Kostendeckung keine Alternative bleibt. Wir unterstützen deshalb die Empfehlungen aus dem Sachstandspapier des Bundeskartellamts. Zugleich warnt DIE LINKE davor, zu glauben, dass allein mehr Wettbewerb zwischen den Molkereien zu einer nachhaltigen Verbesserung für die landwirtschaftlichen Betriebe führt. Hierzu bedarf es einer grundsätzlichen Umsteuerung auf dem EU-Milchmarkt, wozu auch eine Milchmengenregulierung gehört (siehe Antworten auf die Fragen 1 und 2).

## **II. Gemeinsame EU-Agrarpolitik - Halbzeitbewertung 2017**

---

5. Mit den Beschlüssen zur GAP 2013 wurden verschiedene Möglichkeiten geschaffen, die Verteilung und Zahlung der Agrargelder auf nationaler Ebene umzustellen. Begonnen hat auch schon die Debatte um die Gestaltung der GAP ab 2020.

### **Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 30 Prozent des Direktzahlungsvolumens für eine erhöhte Förderung der ersten Hektare zu verwenden und damit die kleineren und mittleren Betriebe deutlich besser zu stellen als bisher?**

DIE LINKE bekennt sich zu unserer in Deutschland historisch gewachsenen, sehr vielfältigen Agrarstruktur. Gemeinsam mit den landwirtschaftlichen Betrieben wollen wir mit der Agrarförderung in der Land- und Ernährungswirtschaft mehr soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz voranbringen. Die EU-Förderpolitik wollen wir als einen Hebel neben anderen nutzen, um konkrete Maßnahmen flächendeckend und verbindlich umzusetzen. Dabei sollte nicht allein die bewirtschaftete Fläche eines Betriebes über dessen Anspruch auf öffentliche Leistung entscheiden, sondern nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ ein ganzes Bündel sozialer und ökologischer Maßnahmen eine regionale Lebensmittelproduktion unterstützen. Dazu gehört auch die Sicherung landwirtschaftlicher Einkommen und fair bezahlter Arbeitsplätze in vor Ort verankerten Betrieben. Deshalb ist uns vor allem wichtig, landwirtschaftsfremde Investoren sowohl vom Bodeneigentum als auch von der Agrarförderung auszuschließen, weil wir sie als größte Bedrohung für die regionalen Landwirtschaftsbetriebe sehen und ihr Beitrag zum Gemeinwohl und für lebendige ländliche Räume mit hoher Lebensqualität oft sehr begrenzt ist.

## **II. Gemeinsame EU-Agrarpolitik - Halbzeitbewertung 2017**

---

### **6. Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 15 Prozent des Direktzahlungsvolumens von der ersten in die zweite Säule und damit deutlich mehr als bisher umzuschichten?**

Ziel der Agrarförderung soll aus Sicht der LINKEN generell die Unterstützung arbeitsintensiver, besonders sozialverträglich ausgestalteter oder ökologisch besonders wirksamer Anbau- oder Tierhaltungsmethoden sein. Ob angesichts der bestehenden Länderprogramme und des fehlenden parlamentarischen Einflusses auf ihre Ausgestaltung mit der Umschichtung diesen Zielen der Förderpolitik wirksamer Rechnung getragen wird, ist offen. Neben den gewollten und von uns unterstützten Effekten sehen wir das Risiko, dass ausgerechnet die Betriebe nicht von den Programmen der Zweiten Säule profitieren können, die angesichts der aktuellen Agrarpreiskrisen und explodierender Bodenpreise existenziell auf die Direktzahlungen angewiesen sind, während

sich die Betriebe an den Gunststandorten an den freiwilligen Programmen der Zweiten Säule nicht beteiligen, was dem von uns angestrebten flächendeckenden Effekt einer nachhaltigen Agrarförderung entgegenwirkt.

## **II. Gemeinsame EU-Agrarpolitik - Halbzeitbewertung 2017**

---

### **7. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen die Zahlung der Direktzahlungen ab 2020 noch stärker an gesellschaftlich für notwendig erachtete Leistungen der Landwirtschaft zu binden?**

DIE LINKE wollte schon für die laufende Finanzperiode die GAP konsequenter nach dem Prinzip „öffentliche Mittel für öffentliche Leistungen“ ausgestalten und Politik für die ländlichen Räume stärker mit der Agrarpolitik verzahnen. Die nachhaltige, vor Ort verankerte Landwirtschaft soll neben ihrer regionalen Versorgungsfunktion mit gesunden Lebensmitteln und erneuerbaren Energien auch bei der Sicherung existenzsichernder Einkommen und ihrer sozialen Stabilisierungsfunktion in den ländlichen Räumen unterstützt werden. Daneben sind Arbeitsbedingungen, Tier-, Natur- und Gewässerschutz wichtige Ziele der Agrarförderung. Nachhaltigkeitsindikatoren sollten die Effekte für den Erhalt der Artenvielfalt, auch auf intensiv genutztem Ackerland, und den Gewässerschutz besser nachprüfbar machen. Der Ökolandbau sollte weiter ausgebaut werden.

## **II. Gemeinsame EU-Agrarpolitik - Halbzeitbewertung 2017**

---

### **8. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen, dabei auch den Faktor Arbeitskraft stärker mit zu berücksichtigen?**

DIE LINKE hatte diese Forderung bereits für die laufende Finanzperiode unterstützt – leider als einzige Fraktion. Wir streiten für eine regional verankerte Land- und Ernährungswirtschaft, die zu allererst die Versorgung der Bevölkerung mit Qualitätsprodukten gewährleistet und für gut bezahlte Arbeit in den landwirtschaftlichen Betrieben sowie in dem vor- und nachgelagerten Bereich im ländlichen Raum Sorge trägt.

Neben einer stärkeren Ökologisierung der Produktion, ob durch einen Ausbau der Greening-Komponente oder andere Maßnahmen, wollen wir die Direktzahlungen auch weiter an soziale Kriterien binden, z. B. an faire bezahlte Arbeitsplätze, denn dies würde den Beschäftigten, den Dörfern und dem Tierwohl gleichermaßen zu Gute kommen.

## **III. Agrarpolitische Ansätze auf Bundes- und Länderebene**

---

**9.** Die EU räumt den Mitgliedsländern einen immer größer werdenden Spielraum bei der nationalen Umsetzung der EU-Beschlüsse ein. Des Weiteren wird durch die Gestaltung von Verordnungen „Agrarpolitik“ gemacht, die nicht unerheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Situation unserer Betriebe haben können.

### **Welche Position nimmt Ihre Partei zur Novellierung der Düngeverordnung ein?**

Die neue Düngeverordnung ist lange überfällig und das nicht nur wegen der eingereichten Klage gegen Deutschland vor dem EuGH wegen Nichteinhaltung der EU-Nitrat-Richtlinie, sondern auch wegen der zu hohen Nitratwerte in Gewässern und Grundwasser in unserem Land, wenn auch mit regionalen Unterschieden. Besonders betroffen sind die tierintensiven Gebiete in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Jetzt bleibt nur zu hoffen, dass die Regelungen ausreichen, um den Anforderungen der EU-Gesetzgebung, auch langfristig zu genügen. Die Düngeverordnung wird vielen Betrieben noch einiges abverlangen, denn es geht dabei um das Spannungsfeld zwischen dem Schutz des öffentlichen Guts Wasser und der Naturressource Boden vor zu hohen Nährstoffeinträgen auf der einen Seite und der Ertragssicherung als Grundlage der Lebensmittelversorgung, die Düngung erfordert, auf der anderen Seite. Dabei geht es auch um landwirtschaftliche Einkommen – also ist es auch eine soziale Frage. Die Landwirtschaftsbetriebe brauchen langfristige Planungssicherheit, deshalb wäre es zu wenig, wenn die Verordnung nicht mehr als ein guter Schritt in die richtige Richtung ist, aber es ist nicht sicher, ob die beschlossenen Vorgaben der Anforderungen der EU erfüllen. Vor der Landwirtschaft steht die schwere aber notwendige Aufgabe, die Sicherung der Ernteerträge mit dem Schutz der Gewässer und des Grundwassers eng zu verknüpfen. Die Rechtsverordnung zur Stoffstrombilanz muss genau dieses absichern.

## **III. Agrarpolitische Ansätze auf Bundes- und Länderebene**

---

### **10. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, beim Kennzeichnungsrecht, insbesondere bei der Herkunftsbezeichnung, dahingehend zu wirken, die Herkunft und Zusammensetzung der Nahrungsmittel durchgängig nachvollziehbar zu machen?**

DIE LINKE fordert, wie auch das EU-Parlament, eine verpflichtende, wahre und klare Kennzeichnung der Herkunft von Lebensmitteln, insbesondere bei Milch, Milchprodukten, Eiern und verarbeitetem Fleisch. Das ist eine notwendige Information, damit sich Verbraucherinnen und Verbraucher verlässlich für Produkte aus regionaler Erzeugung und Vermarktung entscheiden können.

Eine konsequente Herkunftsangabe aller Zutaten trägt auch dazu bei, Verbrauchertäuschungen zu verhindern, Verstöße gegen Lebensmittelvorschriften aufzudecken und Lebensmittelskandale zu verhindern. Im Vergleich zum Nutzen sind die zusätzlichen Kosten von etwa zwei Prozent minimal und zu vernachlässigen. 90 Prozent der Verbraucher halten solche Angaben für wichtig.

### **III. Agrarpolitische Ansätze auf Bundes- und Länderebene**

---

#### **11. Die Anzahl der Milchvieh haltenden Betriebe in SH verringert sich laufend und der Strukturwandel verläuft aufgrund der wirtschaftlichen Situation auf den Betrieben stark beschleunigt. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um das Tempo des Strukturwandels zu bremsen?**

Bundesweit waren dieses Mal von der Milchpreiskrise nicht nur kleinere oder vermeintlich weniger effiziente Betriebe betroffen, sondern auch so genannte „Zukunftsbetriebe“, die aufgrund hoher Investitionen (auch für mehr Tierwohl) ihren Verbindlichkeiten nicht nachkommen konnten. Für den wachsenden Kostendruck ist Wachstum längst nicht mehr die richtige Antwort. Deshalb hält auch DIE LINKE den anhaltenden Trend des Sterbens vor Ort verankerter Betriebe für eine fatale und kaum rückholbare Fehlentwicklung, die die regionale Basis der Versorgungssicherheit und lebendige ländliche Räume langfristig gefährdet. DIE LINKE fordert deshalb eine stärkere Berücksichtigung existenzieller Wirtschaftssektoren wie die Land- und Ernährungswirtschaft, die regional eingebunden und in ihrer sozial-ökologischen Ausrichtung gefördert werden sollen. Über die EU verteilte Steuermittel für die Gemeinsame Agrarpolitik müssen in der nächsten Förderperiode dafür genutzt werden, die Landwirtschaft nachhaltig umzubauen. Mehr regionale Verarbeitung und Vermarktung kann dazu beitragen und muss gesetzgeberisch unterstützt werden.

Dass in Schleswig-Holstein Ökobetriebe vom Strukturwandel nicht negativ betroffen waren und ihre Anzahl 2016 sogar um sieben Prozent gegenüber 2013 stieg, ist zu begrüßen und zeigt, dass der Ökolandbau gegenwärtig (noch) von der hohen Nachfrage nach Bioprodukten profitiert. Andererseits verweisen der hohe Rückgang der auf den landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitskräften und deutlich gestiegene Bodenkauf- und -pachtpreise auf zwei wichtige Stellschrauben für eine Entschleunigung des Strukturwandels: die höhere Förderung mitarbeiterstarker Betriebe sowie eine dringende Regulierung des Bodenmarktes. Landwirtschaftsfremde Investoren sind die größte Bedrohung für die vor Ort verankerten Landwirtschaftsbetriebe und lebendige ländliche Räume.